

Unter anderem in dieser Ausgabe:

**EHRUNG:** DIE BOWMANSTRASSE IN LEIPZIG s. 2

**GMVS:** BERICHT AUS NORD UND SÜDWEST s. 3

**CONNEWITZ:** NACH DEM NAZIÜBERFALL s. 5

**KANDIDATUREN:** FÜR DEN STADTVORSTAND s. 6-10

Veranstaltungstipp

### Buchmesse mit links

Zur diesjährigen Buchmesse bietet die LINKE in Leipzig verschiedene Lesungen an. Diese finden im Liebknecht-Haus, dem INTERIM und dem linXXnet statt.

17. - 20. März, siehe letzte Seite

# Mitteilungsblatt

Ausgabe 02/2016

Zeitung von DIE LINKE. Leipzig

**DIE LINKE.**



**8. März:** Frauenkampftag. Im Bild: Demo in Berlin 2014. Derzeit wird mit vermeintlich (!) feministischen Positionen gegen Migrant\*innen Stimmung gemacht. Doch nicht nur das Kapital, auch das Patriarchat ist international. Siehe **Leitartikel**

Bild: Mike Herbst via Flickr | CC BY-NC 2.0

## #Ausnahmslos gegen sexualisierte Gewalt

AG Lisa Gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Immer. Überall.

Feminist\*innen kommen dieser Tage, so auch rings um den internationalen Frauentag, kaum noch umhin, sich nicht zu den „Ereignissen von Köln“ zu äußern. Feministische Anliegen wie der Schutz vor sexualisierter Gewalt werden wiederum von Populist\*innen instrumentalisiert, um gegen einzelne Bevölkerungsgruppen Stimmung zu verbreiten. Die Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht in Köln und anderen Städten haben eine Berichterstattung in Gang gesetzt, die auf der einen Seite DEN nordafrikanischen oder arabischen Mann in seinem vermeintlich übergriffigen Wesen gegenüber DER weißen Frau kreiert, und auf der anderen Seite sexualisierter Gewalt mit Verhaltensregeln für Frauen begegnet. Seither überbieten sich Politiker\*innen geradezu mit Rufen nach Abschiebungen, härteren Strafen für straffällige Geflüchtete und einer Infragestellung der generellen „Integrationsfähigkeit“ muslimischer Männer.

In ihrem Aufruf #Ausnahmslos setzen sich Feminist\*innen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen mit dieser Debatte auseinander. Sie fordern eine umfassende Aufklärung der Geschehnisse, Unterstützung für die Opfer und eine zügige Schließung der Lücken im Straftatbestand der sexuellen Nötigung und Vergewaltigung, die durch die Ereignisse von Köln offenbar wurden.

Als politische, gesellschaftliche und mediale Lösungsansätze sehen sie:

- den bedarfsgerechten und barrierefreien Ausbau von Beratungsstellen und Schutzangeboten wie Frauenhäusern,
- eine Anpassung des Strafrechts, das auch den Tatbestand der sexuellen Belästigung jenseits des Arbeitsplatzes sanktioniert und eine Verurteilung wegen Vergewaltigung nicht von einer ausreichenden Gegenwehr des Opfers abhängig macht,
- mehr Aufklärungsarbeit, um sexualisierte Gewalt zu vermeiden, die in allen Bevölkerungsgruppen vorkommt,
- eine geschlechtersensible Pädagogik, die über Stereotypen aufklärt,
- Schulungen von Beschäftigten bei Polizei und Justiz, damit diese sensibel auf die Opfer reagieren und eine wirkungsvolle Strafverfolgung ermöglichen,
- eine gesellschaftliche Debatte über sexualisierte Gewalt, die offen, kritisch und differenziert ist,
- Betroffene von sexualisierter Gewalt ernst zu nehmen und keine Schuldzuweisungen oder Verhaltensregeln an die Adresse der Opfer zu richten,
- Rassismus und Sexismus nicht allein als Problem anderer zu verstehen, sondern auch eigene Vorurteile und Verhaltensweisen zu reflektieren,
- Beistand leisten als Zeug\*in von sexualisierter Gewalt oder Sexismus,
- in der medialen Berichterstattung,

Opfer nicht verhöhnen und Taten nicht verschleiern (wie in den Begriffen „Familien- oder Beziehungsdrama“),

- Sexismus und Diskriminierung als Probleme benennen und bekämpfen, da sie Nährboden für sexualisierte Gewalt sind,
- Sexismus und sexualisierte Gewalt nicht „islamisieren“, weil sie eine ganze Religion und deren (vermeintliche) Anhänger\*innen in einen Generalverdacht stellen,
- die Bildsprache frei von sexistischen und rassistischen Klischees halten, da Bilder eine starke Wirkung entfalten,
- Redaktionen von Medien vielfältiger werden lassen, da sie oftmals gerade in den Spitzen „weiß, männlich und heterosexuell“ sind. *weiter auf S. 2*

### Veranstaltung

#### Das Problem heißt Sexismus - sexuelle Übergriffe im öffentlichen Raum

Auf das Podium eingeladen sind Susanne Hampe (Frauen für Frauen e. V.), Susanna Karawanskij (MdB, DIE LINKE) und eine Juristin der Universität Leipzig (angefragt). Anschließend Diskussion.

Do. 10. März 19:00 Uhr Frauenkultur Leipzig, Windscheidstr. 51, Leipzig

Fortsetzung von Seite 1

Der Aufruf #Ausnahmslos plädiert für einen differenzierten Umgang und einen sicherlich nicht einfachen Wandel in Politik, Medien und Gesellschaft. Binnen nur einer Woche haben 11.000 Menschen den Aufruf unterzeichnet. Ihr Ziel ist es, dass alle Menschen sich von klein auf, unabhängig von ihrer Ethnie, sexuellen Orientierung, Geschlechtsidentität,

Religion oder Lebensweise sicher fühlen und vor verbalen und körperlichen Übergriffen geschützt sein sollen: egal ob auf der Straße, zu Hause, bei der Arbeit oder im Internet. Denn das sind die Grundlagen einer freien Gesellschaft.

📍 Link zum Aufruf: [ausnahmslos.org](http://ausnahmslos.org)



## Eine neue Straße: Die Bowmanstraße

**Siegfried Schlegel** Mit der Bowmanstraße wird der Heldenmut aller amerikanischen Soldaten bei der Befreiung Leipzigs 1945 geehrt

Mit großer Mehrheit – allerdings bei Gegenstimmen von CDU und AfD – beschloss der Stadtrat am 20. Januar noch einmal förmlich über die Benennung des Straßenabschnittes zwischen Jahnallee und Lützner Straße in Lindenau in Bowmanstraße. Bereits im Juli 2015 wurde einem entsprechenden Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zwar zugestimmt, aufgrund der fehlenden Beteiligung des Stadtbezirksbeirates Altwest musste die Beschlussfassung jedoch wiederholt werden. Mit nur einer Gegenstimme votierte der Beirat dafür und will auch die Kosten für ein Informationsschild übernehmen. Vorgeesehen ist, je ein Informationsschild an der Kreuzung Zschochersche Straße und Jahnallee zum 71. Jahrestag der Befreiung am 18. April feierlich zu enthüllen. Als am 70. Jahrestag das Straßen- und das Informationsschild zu Robert Capa für die nach ihm benannte Straße enthüllt wurde, sagte der Kulturbürgermeister Michael Faber; „Capa habe mit seinen Aufnahmen Dokumente hinterlassen, die 70 Jahre nach dem dramatischen Geschehen nichts von ihrer Eindringlichkeit verloren haben. Sie führen die Schrecken des Krieges und den Blutzoll der Befreiung vor Augen.“ Ein Leipziger erzählte, dass ihn als damals 16-Jährigen ältere Soldaten nach Hause schickten. Über die unversehrte Zeppelinbrücke rückte wenige Stunden später das Gros der amerikanischen Truppen auf die Innenstadt vor und befreite Leipzig am gleichen Tag bis auf wenige Widerstandsnester. Diesen Vormarsch sicherte Raimond J. Bowman mit ei-

nem Maschinengewehr im Haus Frankfurter Straße 39 und wurde dabei erschossen. Unmittelbar danach nahm der die Truppen begleitende Fotoreporter Robert Capa das Foto „Der letzte Tote des Krieges“ auf, das nach seiner Veröffentlichung im Sommer des gleichen Jahres in aller Welt traurige Berühmtheit erhielt. Einer Bürgerinitiative um die Leipziger Meigl Hoffmann, Marcel Braumann sowie Volker Külöw ist es zu danken, dass ab 2011 mit Unterstützung der Medien die Ereignisse vom 18. April 1945 aufgeklärt wurden. Deshalb wurde auch das den Stadteingang nach Lindenau prägende Gebäude zunächst gesichert und schließlich saniert. 2012 klärte der Militärgeschichtler Jürgen Möller die Identität von Raymond J. Bowman. 2013 war Bowmans Kampfgefährte, der US-Kriegsveteran Lehmann Riggs (96) in Leipzig zu Gast und konnte aus persönlichem Erleben über das tragische Geschehen berichten. Im bereits eröffneten Café Eigler im Erdgeschoss des Palmengartenpalais wird ein Informationsraum in Zusammenarbeit von Café-Betreiber, Stadtgeschichtlichem Museum und der Bürgerinitiative gestaltet. Zukünftig werden das Gebäude sowie die Capa- und die Bowmanstraße mit den Informationsschildern Ort und Geschehnisse, die schließlich zur Befreiung Leipzigs führten, erlebbar werden. Mit der Bowmanstraße bekommt der bis 2012 unbekannteste Soldat seinen Namen zurück, und es wird der Heldenmut aller amerikanischen Soldaten bei der Befreiung Leipzigs 1945 – darunter 60 Gefallener – geehrt.

## DIE LINKE vor Ort

**Redaktion** Regelmäßige und unregelmäßige Sprechstunden und Termine der Sozialberatungen von und bei DIE LINKE. Leipzig.

### Sprechstunden:

- jeden letzten Mi. 16:00 Uhr, WK-Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Abgeordnetensprechstunde mit MdL Franz Sodann
- 29. Februar 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit der Landtagsabgeordneten Cornelia Falken und Stadtrat Sören Pellmann
- 4. März 13:00 bis 14:30 Uhr, Raum 186, Neues Rathaus Bürgersprechstunde mit Stadtrat Dr. Skadi Jennicke
- 10. März 16:00 bis 17:00 Uhr, Raum 186, Neues Rathaus Bürgersprechstunde mit Stadtrat Steffen Wehmann
- 14. März 16:00 bis 18:00 Uhr, WK-Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann
- 18. März 13:00 bis 14:30 Uhr, Raum 186, Neues Rathaus Bürgersprechstunde mit Stadträtin Dr. Skadi Jennicke

### Fraktionssitzungen:

Die Fraktionssitzungen der LINKEN sind für alle Interessierten öffentlich, sie finden immer eine Woche vor der Ratsversammlung des Leipziger Stadtrates statt.

- Fraktionssitzung: 17. Februar, ab 17:00 Uhr Raum 259, Neues Rathaus
- Ratsversammlung: 24. Februar, ab 14:00 Uhr Ratssaal, Neues Rathaus

### Sozialberatungen:

- jeden Di. 16:00 bis 18:00 Uhr, Liebknecht - Haus, Braustr. 15, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann und Alexej Danckwardt
- jeden Mi. 11:00 bis 15:00 Uhr, linXXnet, Bornaische Str. 3d, Sozialberatung mit Marko Forberger (Dipl.-Sozialpädagoge)
- jeden Do. 15:00 bis 17:00 Uhr, Wahlkreis - Büro Grünau, Stuttgarter Allee 16, Sozialberatung mit Dr. Dietmar Pellmann
- jeden 1. & 3. Do. 14:00 bis 18:00 Uhr, Wahlkreis - Kulturbüro, Mariannenstr. 101, Sozialberatung mit Steffen Klötzer
- jeden 2. & 4. Do. 12:00 bis 15:00 Uhr und 16:00 bis 19:00 Uhr, INTERIM, Demmeringstraße 32, Sozialberatung mit INTERIM-Kollektiv

## Auch Leipzig-Nord hat gewählt...

**Grete Bach** Der Stadtbezirksverband Nord hat seine Delegierten gewählt

Ein bisschen mulmig war uns schon zumute, als der Tag unserer Gesamtmitgliederversammlung näher rückte. Anfang Januar, gleich nach den Feiertagen, ein eher dröger Versammlungsinhalt und es lag sogar Schnee. Wie viele GenossInnen würden da am Abend den Weg zur „Goldenen Höhe“ auf sich nehmen? Wir hatten schon vorgesorgt, dass nicht die Wahl alleine das Geschehen bestimmen sollte und hatten deshalb Ausführungen unserer Vorsitzenden vorgesehen wie auch einen Beitrag von Marco Böhme, Mitstreiter in der AG „Zukunft der Partei“, die seit einiger Zeit die Lage im Leipziger Stadtverband analysiert und darauf aufbauend Vorschläge für strukturelle Änderungen

in der Partei unterbreiten soll. Das hat offensichtlich Wirkung gezeigt, der Saal füllte sich rasch - 34 GenossInnen waren da, darunter Genossen, die wir lange nicht gesehen hatten - welche Freude!

Bei den Aufgaben für das Jahr 2016 war die Palette breit: Natürlich die Flüchtlingsproblematik - wie gelingt die Information der Bürger, die Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe „Weltoffenes Gohlis“, was können wir selbst tun, wie können wir Kontakte aufbauen - dazu die Bildungsarbeit im Stadtbezirksverband, die Mitwirkung an Aktionen gegen Rechts, die Öffentlichkeitswirkung, die Auswertung einer Zuschrift zu unserem Neujahrsflyer, all das wird in der Vorstands- und Basisarbeit 2016

von uns zu bewältigen sein. Marco Böhme erläuterte die Strategie der Arbeitsgruppe, wollte gerne an Ort und Stelle die Meinung der GenossInnen zu ihren Vorstellungen zur Partei erkunden. Es ergab sich eine lebhaft Diskussions, aber wir einigten uns, dieses Thema lieber in kleinerem Kreise erneut aufzugreifen, um zu Ergebnissen zu kommen, die GenossInnen sind nun darauf eingestimmt. Und gewählt haben wir natürlich auch. Neben den Vorsitzenden unserer Basisgruppen kandidierte auch William Rambow, Akteur im Jugendparlament der Stadt Leipzig, und so ist nun auch die Jugend in unserem Team für den Stadtparteitag vertreten - gut für die Zukunft unserer Partei!

## Auftakt der Strategiedebatte im Stadtbezirksverband Südwest

**Angela Müller** Bericht von der Gesamtmitgliederversammlung in Südwest

Der 4. Stadtparteitag hatte auf seiner dritten Tagung im Juni 2014 den Stadtverband beauftragt, bis September 2015 eine Strategiedebatte zur künftigen Entwicklung des Stadtverbandes Leipzig zu organisieren. Die dazu vom Stadtverband gebildete Arbeitsgruppe unter Leitung vom Adam Bednarsky hat einen Ablaufplan erarbeitet. Wichtiger Bestandteil dieser Strategiedebatte ist eine Mitgliederbefragung, die Anfang dieses Jahres in den einzelnen Stadtbezirksverbänden durchgeführt werden soll. Den Anfang machte unser Stadtbezirksverband Südwest am 5. Januar auf seiner monatlichen Mitgliederversammlung am 5. Januar im Abgeordneten- und Projektbüro INTERIM in der Demmeringstraße in Altlindenu. Adam Bednarsky und Steffen Rokohl von der Gruppe Zukunft stellten uns zunächst das Projekt insgesamt vor und erläuterten dann das Ziel und Ablauf der Mitgliederbefragung. Schon hier war die eine oder andere GenossIn ein wenig überrascht, denn uns erwartete nicht der übliche Ablauf mit Vortrag und anschließender Diskussion. An einer Pin-Wand wurden für jeden gut sichtbar 5 Fragen auf bunten Kärtchen platziert, die wir kurz und prägnant in maximal zwei Sätzen beantworten sollten.

Begonnen wurde mit der Frage „Was ist die Partei für mich?“. Nun weiß sicher jede GenossIn, warum sie Mitglied unserer Partei ist, aber die Sache in zwei Sätzen auf den Punkt zu bringen, war gar nicht so einfach. Sehr häufig wurde die Formulierung „politische Heimat“ gebraucht, fast alle nannten den Zusammenhalt und die vertrauensvolle Zusammenarbeit in der Partei als einen wichtigen Punkt. Aber auch als ein Ort des Gedankenaustausches und als gemeinsames Handlungs- und Betätigungs-

feld für die Verbesserung der Welt wurde die Partei charakterisiert.

Taten wir uns bei der Beantwortung der ersten Frage noch schwer, fiel uns bei der zweiten schon deutlich mehr ein. Zum Punkt „Wo siehst Du die Partei in Leipzig?“ kamen viele eigene Eindrücke und Beobachtungen zur Sprache. Manchen GenossInnen ist die Schlagkraft unserer Partei zu gering. Sie machten das u. a. an der ausschließlichen Arbeit einiger GenossInnen in den Ortsverbänden und Basisorganisationen fest, aber auch an innerparteilichen Streitereien und zu viel Selbstbeschäftigung. Übereinstimmend wurde konstatiert, dass der Leipziger Stadtverband an den Brennpunkten der politischen Auseinandersetzungen zwar präsent ist, dass es aber durchaus Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Genannt wurde z. B. die Arbeit für die Partei außerhalb der Partei in Vereinen, Verbänden, etc. Einige GenossInnen wünschten sich klarere Positionen in unseren Dokumenten, um unsere Politik besser an die Massen weiter geben zu können. Aber auch Geduld und Einfühlungsvermögen wurden von einigen angemahnt.

Um die nächste Frage „Welche Projekte fehlen Dir?“ entspann sich dann eine sehr rege Diskussion. Genau so unterschiedlich die persönliche Erfahrungswelt unserer GenossInnen ist, so unterschiedlich waren hier die Punkte, zu denen Angebote der Partei vermisst werden. Hier nur eine kleine Auswahl: Projekt Linke Stadtgeschichte, Arbeitswelt 4.0, politische Stammtische, Treffen von Neumitgliedern, Stadtentwicklung, ÖPNV in Leipzig, Zusammenarbeit der LINKEN mit anderen Bündnissen, thematische Infostände, Einbeziehung von Sympathisanten. Aber

auch Überlegungen zum Umgang mit unseren immer knapper werdenden finanziellen Möglichkeiten spielten eine Rolle.

Die intensivsten Diskussionen entwickelten sich um die Frage „Wie müsste unsere Partei sein, damit auch Dein/Deine bester Freund/beste Freundin, Deine Kinder oder Enkel mitmachen würden?“. Anfangs wurden Probleme des persönlichen Agierens, wie z. B. „auf Menschen zugehen“, „Menschen nicht besserwieserisch belehren“, oder „Meinungen anderer respektieren“ thematisiert. Später kamen dann auch methodische Fragen, wie „Milieuarbeit“, „Informationsbrücken bauen“, „klare Zielgruppenansprache“, innovative Alternativen anbieten“ oder „Anlaufpunkte wie Büros der LINKEN nutzen“ aufs Tapet.

Die heißesten Diskussionen kommen natürlich immer dann auf, wenn man aufgefordert wird, etwas zu kritisieren. Genau so war es dann auch bei den beiden folgenden Fragen „Was fehlt Dir im Stadtverband?“ und „Was sollte wie verändert werden?“. Die Palette reichte von sehr persönlichen Bemerkungen wie „Mehr Anerkennung der geleisteten eigenen politischen Arbeit“ über „Systematische Bildungsangebote“ bis hin zur „besseren Nutzung der Erfahrungen der AGs/IGs“.

Leider lief uns an diesem Punkt die Zeit davon, wir werden das Thema Strategie daher schon bei unserem nächsten Treff wieder aufgreifen.

## Fahrplan für 2016 erstellt

Eric Friedrich Die Linksjugend Leipzig hat sich zur Klausur getroffen

Einen Fahrplan für das nächste Jahr stellte sich die Linksjugend am 15. und 16. Januar bei ihrer Klausurtagung im INTERIM zusammen. So sollten im lockeren Rahmen Antworten auf die Fragen „Wer sind wir?“ und „Was wollen wir?“ gefunden werden.

Zu Beginn wurden die Ideen, Probleme und Wünsche der teilnehmenden Menschen gesammelt, um die möglichen Schwerpunkte für die Klausur zusammen zu bringen. Völlig entspannt und befreit von Wahlgängen oder Anträgen, welche bekanntlich auf unseren Stadtjugendtagen viel Zeit in Anspruch nehmen, gaben wir uns diesen lockeren Rahmen. So wurde klar benannt, was im letzten Jahr an unserer Arbeit kritikwürdig war, was wir erhalten wollen und welche Projekte wir uns für 2016 wünschen. Schließlich ist es immer

eine gute Grundlage, die Arbeit und Arbeitsweise des vorangegangenen Jahres einmal zu reflektieren und daraus hoffentlich zu lernen. Es erwartet die Linksjugend Leipzig dieses Jahr eine intensive Auseinandersetzung mit den Themenkomplexen „Umwelt und Natur“ und „digitale Gesellschaft“. Aus dieser Arbeit werden wir Positionen herausbilden, welche wir selbstbewusst in den innerverbandlichen Diskurs tragen wollen.

Wir hoffen auf ein erfolgreiches Jahr 2016 und laden alle interessierten Menschen ein, gemeinsam mit der Linksjugend Leipzig unseren Fahrplan und weitere Ideen zu verwirklichen.

## Wir machen mit

Heinz Bilan Über eine Initiative von DIE LINKE. Strausberg

Es ist selten genug, dass die Regierung Merkel nach der Meinung des Volkes fragt. Noch seltener, dass sie diese Meinung auch in ihren Entscheidungen berücksichtigt. Nun hat Frau von der Leyen die deutsche Öffentlichkeit zur Mitarbeit am Weißbuch «Sicherheit und Militärpolitik der BRD» aufgerufen. Selbstredend dürfen wir Linken zu so einem wichtigen Thema nicht fehlen. Unser zig-faches Veto bestätigt auch ein weiteres Mal, dass wir Politik gestalten und Verantwortung tragen wollen. Es ist aber eine andere Politik, wie sie die Regierung unseres Landes betreibt, welche imperialistische Kriege befördert bzw. an ihnen beteiligt ist und deutsche Soldaten zur Teilnahme zwingt. Im Gegenteil: Wir wollen, dass das Morden um angebliche Demokratie und Freiheit aufhört. Diese Kriege der USA, der BRD und der NATO überhaupt sind u. a. eine der wesentlichen Ursachen für Flucht und Vertreibung von Millionen in der Gegenwart. Wir rufen deshalb alle Mitglieder unserer Partei, die Basis- und SB-Organisationen, auf sich schriftlich oder über Internet an Frau von der Leyen mit unseren Forderungen, gegen Krieg und Waffenexporte Deutschlands zu wenden. Eine solche Initiative geht von dem Kreisverband der Partei DIE LINKE. Strausberg aus. Wir schließen uns an -wir machen mit.

Eine Gruppe ehemaliger NVA Angehöriger aus Leipzig hat u. a. folgende Forderungen an die Verteidigungsministerin gestellt:

- Absage an einen Krieg, den man selbst oder ein NATO-Vertragspartner („Verbündeter“) beginnt;
- Jeglicher Rüstungsexport wird untersagt;
- Die BRD strebt ein europäisches Sicherheitssystem an, dem alle europäischen Staaten angehören

und das gegen niemanden außer Aggressoren gerichtet ist;

- Internationale Konflikte, an denen Deutschland beteiligt ist, sind auf politisch-diplomatischen Wege durch einen gerechten, von der UNO gebilligten Interessenausgleich zu lösen;
- Die Bundeswehr wird ausschließlich zur Verteidigung des Territoriums Deutschlands eingesetzt;
- Die BR Deutschland fordert die Auflösung der NATO - ein Relikt des kalten Krieges - bis zum Jahr 2020. Bis dahin erfüllt die Bundeswehr nur Aufgaben zum Schutz der Landesgrenzen Deutschlands;
- Die Bundesrepublik lässt keine militärische Organisation der Europäischen Union (EU) zu. Vorhandene militärische Strukturen sind bis 2020 aufzulösen;
- Bis 2020 verlassen alle ausländischen militärischen Kontingente, besonders die US-amerikanischen Kernwaffenkräfte, das Territorium Deutschlands;
- Die Beteiligung an Einsätzen auf Beschluss des UN-Sicherheitsrates sind auf Polizeikräfte und Kräfte der THW zu beschränken.

Das kann für uns als Anregung dienen, sollte aber weder wörtlich übernommen, noch als Rahmen dienen. Wir tragen eine große Verantwortung und mischen uns ein. Wir sollten auch andere Bürger oder Organisationen, in denen wir verankert sind, für eine solche Initiative gewinnen. Wir wollen nicht nur Frieden, sondern tun auch etwas dafür. Jeder ist aufgerufen diese Möglichkeit zu nutzen.



Bild: Steffen Jühran



Bild: Steffen Klötzer



Bild: Tilman Loos

## Drei mal »Full-House«

Redaktion Volle Häuser am 27. Januar

Am 27. Januar war gleich drei mal die Bude voll bei Veranstaltungen der Leipziger LINKEN. Im INTERIM in Altlindenu fand am Abend die Veranstaltung aus der Reihe „Rosa L“ statt. Unter dem provokanten Motto „Bullenwagen klauen und Adorno rezitieren?“ fanden über 60 Gäste den Weg in das offene Büro. Zur gleichen Zeit war auch im Wahlkreis-Kulturbüro in der Mariannenstraße „Full House“ (also „volles Haus“). Zur Lesung von „Fabian - die Geschichte eines Moralisten“ kamen 50 Leute in das Büro im Osten. Um den Drilling im „Full-House“ komplett zu machen, war auch das linXXnet im Süden ordentlich voll. Knapp 40 Personen kamen zur vorletzten Veranstaltung der AG Antifa und hörten dem Referenten Volkmar Wölk bei seinem Vortrag „Warum die aktuelle Querfront keine ist, sondern einfach nur rechts“ zu. Diese Veranstaltung fand im Rahmen der Reihe „Quatsch mit rot-brauner Soße?!“ statt, welche die AG Antifa mit Unterstützung des VVN-BdA, der LINKEN in Leipzig, der Linksjugend Leipzig und dem Spendenverein der Bundestagsfraktion durchführt. Eine Veranstaltung wurde in den April verschoben.

# Friedlicher Widerstand ist nötig!

**Adam Bednarsky** DIE LINKE. Leipzig steht solidarisch hinter den Menschen, die friedlich Position gegen Rassismus und Neonazismus beziehen

Die Ausschreitungen am Rande der Nazi-Demo am 12. Dezember und der Überfall von Neonazis auf den Leipziger Stadtteil Connewitz am 11. Januar 2016 waren Anlass für eine „Aktuelle Stunde“ in der Leipziger Ratsversammlung am 20. Januar 2016. Seitens der Stadtratsfraktion der LINKEN war es wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Debatte nicht im luftleeren Raum stattfindet. Zum einjährigen Bestehen von Legida konnte am 11. Januar 2016 die Pegida-Rednerin Tatjana Festerling in Anwesenheit vieler Polizistinnen und Polizisten ungestraft und unangeklagt Aufforderungen nahe am Aufruf zur Gewalt, mit Mistgabeln gegen gewählte Abgeordnete, Justiz und Presse vorzugehen, tätigen. Während Festerling in der Innenstadt bei Legida nur zum Bürgerkrieg gegen Andersdenkende aufrief, wurde dies zugleich von 300 Neonazis in Leipzig-Connewitz noch brutaler und ungehemmter verbrochen. Allein im Jahr 2015 wurden nach offiziellen Angaben 924 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte verübt, was in erschreckender Weise unterstreicht: Schon von der Quantität der Straftaten her, aber auch qualitativ kommt die größte Bedrohung für unser Gemeinwesen eindeutig von rechtsaußen.

Das sind allgemeine Erkenntnisse, die der Leipziger CDU und vor allem ihrer Bundestagsabgeordneten Bettina Kudla aktuell verschlossen bleiben. Am 11. Januar organisierten zivilgesellschaftliche Akteure die Lichterkette „Leipzig bleibt helle“. Eigentlich sollte die Unterstützung aller demokratischen Parteien als starkes Zeichen für ein friedliches Miteinander selbstverständlich sein. Aber weder die Leipziger CDU noch Bettina Kudla teilten das Grund-Anliegen der Lichterkette. Das ist völlig unverständlich. Sollen wir mittlerweile den Rechtspopulisten und Nazis unwidersprochen die Straße überlassen?

Stattdessen wird in Sachsen versucht, mit der alten Extremismustheorie Stimmungen in andere Richtungen zu lenken. Mithilfe dieser Theorie aus der Mottenkiste wird völlig haarsträubend antirassistisches, linkes und alternatives Engagement mit Gewalt in Zusammenhänge gesetzt und noch obendrein mit dem Neonazismus gleichgesetzt. Am Schlimmsten ist dabei die Diffamierung von Initiativen wie „Leipzig Platz nehmen“ oder Abgeordneten. Während man die so genannten Befürchtungen von Pegida und Legida ernsthaft diskutiert, der Verfassungsschutz keinen Anlass sieht, diese Bestrebungen zu beobachten, werden immer mehr Akteure, die sich gegen rechts engagieren und auch friedliche GegendemonstrantInnen immer hemmungsloser mit dem Etikett Linksextre-



Bild: Kay Kamietz

mismus, autonom, aggressiv versehen. Und das alles in einer Zeit, in der auf Geflüchtete, Andersdenkende, deren Häuser, Wohnwagen und Projekte ununterbrochen Angriffe verübt werden. Stellen wir uns nur einen Moment vor, es hätte in Leipzig keinen so unendlich oft stattfindenden, in ganz großer Mehrheit friedlichen, leisen und lauten Protest gegen Legida oder Nazi-Aufmärsche gegeben. Wie würden wir dann dastehen?

Zu den Ausschreitungen am 12. Dezember 2015 hat sich die Leipziger LINKE klar und unmissverständlich positioniert: „Die Leipziger LINKE betont, dass wir Gewalt gegen Sachen oder gar Personen – das gilt insbesondere auch gegenüber Polizistinnen und Polizisten – als Mittel der politischen Auseinandersetzung strikt ablehnen. Erneut wurde dem so notwendigen Kampf gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Nationalismus am heutigen Tag in Leipzig ein Bärendienst erwiesen.“ DIE LINKE war am 12. Dezember an den Protesten gegen den Neonazi-Aufmarsch beteiligt: friedlich und konsequent. Es ist wichtig, dass viele Bürgerinnen und Bürger bei Aktionen gegen Legida und andere gleichgesinnte Organisationen auf der Straße ein Zeichen setzen: Für Demokratie und eine offene Gesellschaft. Die Krawalle am 12. Dezember und Übergriffe auf NPD-Funktionäre haben enorm geschadet.

Wer die Verfassung schützen will, der muss auch die Grundrechte schützen. Das Recht auf friedliche Versammlung nach Art. 8 haben auch GegendemonstrantInnen. Es ist leider eine traurige Tatsache, dass die Polizei gegen angemeldete friedliche Kundgebungen, so auf die offiziell angemeldete Kundgebung unseres Stadtverbandes und die von „Leipzig Platz nehmen“, am 12. Dezember 2015 Tränengas einsetzte. Dies ist ebenso

wenig hinnehmbar wie die vollkommen unverhältnismäßige Aktion gegen den Jenaer Jugendpfarrer König. Die Polizei muss in der Lage sein, zwischen Gewalt und Meinungsäußerung zu differenzieren und verhältnismäßig zu reagieren.

Vor dem Hintergrund der Nazi-Ausschreitungen des 11. Januars in Connewitz sollte die Frage gestellt werden: Wie konnte eine angekündigte überregional organisierte Gewaltaktion von 300 Neonazis im Vorfeld weder vom Verfassungsschutz noch von der Polizei bemerkt werden, während 3.000 BeamtInnen in der Stadt waren? Glücklicherweise hat die Polizei immerhin 221 Neonazis gestellt, aber erst, nachdem diese einen kompletten Straßenzug mit Gardinenläden, Musikgeschäften und Kneipen verwüstet hatten. DIE LINKE Leipzig übt Solidarität mit den betroffenen Gewerbetreibenden und hat gemeinsam mit unserer Stadtratsfraktion 500 Euro auf das Spendenkonto der Amadeu-Antonio-Stiftung überwiesen. Diese Spendenkampagne wurde gemeinsam mit dem Roten Stern Leipzig '99 e. V. ins Leben gerufen und es wäre toll, wenn viele dem Spendenaufruf folgen.

Wir wehren uns als Partei mit aller Entschiedenheit gegen Versuche der Verunglimpfung sozio-kultureller Projekte wie dem Conne Island. Sie sind kein Hort der Gewalt oder eines Extremismus, sie sind extrem wichtig, um für junge Menschen Engagement statt Gewalt zu fördern. Wir, DIE LINKE, stehen hinter all jenen, die durch ihr Engagement friedlich Position gegen Rassismus und Neonazismus beziehen und für eine Willkommenskultur gegenüber geflüchteten Menschen streiten.

① Spenden: Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung, Stichwort: Leipzig, GLS Bank Bochum, IBAN: DE75430609676005000002

# Kandidaturen zum Stadtparteitag

Redaktion Hier stellen sich Kandidat\*innen für die anstehende Stadtvorstandeswahl vor

Bilder v.l.: Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zu Leipzig, Barbara Höll, Michael-Alexander Lauter



**ADAM  
BEDNARSKY**

Kandidatur als  
Stadtvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich kandidiere beim nächsten Stadtparteitag für das Amt des Parteivorsitzenden der Leipziger LINKEN, um die Zukunft unseres Verbandes an verantwortlicher Stelle mitzugestalten. Unsere Partei steht vor großen Aufgaben, und ich möchte dazu beitragen, dass wir diesen Herausforderungen – nicht nur auf lokaler Ebene – gewachsen sind. Es gilt insbesondere, den Generationswechsel zu forcieren und dabei zugleich umsichtig zu berücksichtigen, dass die älteren, lebenserfahrenen GenossInnen weiterhin unbestreitbar das Rückgrat unserer Partei bilden.

Ein großes Defizit liegt in der Mitgliederakquise und -betreuung; auf dieses Thema möchte ich künftig ein Hauptaugenmerk legen. Neue Mitglieder sollen schnell Anschluss finden in unseren Strukturen. Junge Menschen finden über das Studium oder die Ausbildung den Weg zu uns. Die Stadt wird vielfältiger und wir als Partei sollten es dementsprechend auch werden. Wie die gesamte Gesellschaft wollen auch wir einen Teil zur Integration geflüchteter Menschen beitragen. Entwickeln wir gemeinsam Strategien, um eine parteiinterne Willkommenskultur aufzubauen, die diese NeuleipzigerInnen zur Mitwirkung in unseren Reihen motiviert.

Mein politischer Hintergrund ist neben meiner Parteimitgliedschaft seit 1996 maßgeblich geprägt von jahrelanger Tätigkeit im basisdemokratischen und konsensbasierten Projekt Roter Stern Leipzig '99 e. V.; entsprechend verstehe ich mich als ein Teamplayer. Allein werde ich wenig bewegen können, aber als starkes Team im Stadtvorstand werden wir gemeinsam die nächsten Aufgaben erfolgreich bewältigen. Dazu zähle ich z. B. die nächste Bundestagswahl und die weitere Vernetzung der Leipziger LINKEN in der Stadtgesellschaft. Stehen wir weiterhin konsequent an der Seite der vielen Menschen, die ihre Hoffnung und ihr Vertrauen in eine soziale, antifaschistische und kämpferische linke Partei setzen.



**BARBARA  
HÖLL**

Kandidatur als  
stellvertretende  
Stadtvorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit bewerbe ich mich für die Funktion der stellvertretenden Stadtvorsitzenden unserer Partei.

Politik will unser Leben heute und für die Zukunft gestalten. Entscheidend ist und bleibt unser Agieren vor Ort, in der Kommune. Die Leipziger LINKE ist eine stabile politische Kraft in der Stadt. Dank meiner Verankerung im Stadtverband und meiner vielfältigen politischen Erfahrungen auch als zweimaliger Kandidatin unserer Partei für das Amt der Oberbürgermeisterin kann und möchte ich das Meinige tun, dass dies so bleibt. Als besondere Herausforderung sehe ich die Stärkung des Miteinanders und der gegenseitigen Akzeptanz wie des gemeinsamen Wirkens der verschiedenen Aktiven in unseren Reihen. Dies wird nicht durch bloße Worte und Appelle erreichbar sein, sondern nur in der konkreten Arbeit.

Ein wichtiger Bereich der nächsten zwei Jahre muss m. E. die Bildungsarbeit sein, bei deren Organisation ich mich einbringen möchte. Obwohl ich weiter sehr stark ehrenamtlich u. a. als Sprecherin der BAG queer und als Vorsitzende des Vereins der Bundestagsfraktion engagiert bin, habe ich als nicht voll Berufstätige gute Bedingungen, die Funktion der Stellvertreterin auszufüllen und möchte dies gern leisten.



**MICHAEL-  
ALEXANDER  
LAUTER**

Kandidatur als  
stellvertretender  
Stadtvorsitzender

Ich kandidiere als stellvertretender Stadtvorsitzender, weil:

1. Wir erleben gegenwärtig einen Generationswechsel. Nach der Fraktion vollzieht sich dieser auch im Stadtvorstand. Gerade deshalb sind Erfahrungen älterer Genossinnen wichtig, um diesen Übergang so reibungslos wie möglich zu gestalten. Dafür stehe ich.
2. Wir stehen vor großen Herausforderungen in Leipzig. Ich möchte verantwortlich mitwirken, dass der Stadtverband noch stärker in der Leipziger Zivilgesellschaft verankert wird.
3. Wir stehen mitten in der Zukunftsdebatte. Hierbei sind die Wünsche, Hoffnungen und Erwartungen der Genossen in konkrete Politik umzusetzen. An diesen Konzepten und deren Umsetzung sollen viele mitwirken. Diese Prozesse will ich unterstützen.
4. Brauchen wir in der Partei eine Kultur der Einbeziehung der Genossinnen in die Entscheidungsvorbereitung, Entscheidungsfindung und deren Umsetzung. Und zwar auch unterschiedlicher politischer Ansätze.
5. Wir sind eine pluralistische Partei. Das erfordert offene Diskurse zu allen Fragen ohne Denkverbote. Kein Mensch ist frei von Fehlern und Irrtum. Ich stehe für eine politische Kultur, in der sich jeder an der Suche nach neuen Formen erfolgreicher politischer Arbeit einbringen kann.
6. Wir stehen vor neuen strukturellen Herausforderungen. Wir dürfen keine Zeit verlieren, um die Partei für die Zukunft zu rüsten. Wir müssen die Basisstrukturen überdenken, die Wahlkampfstrukturen für den Bundestagswahlkampf entwickeln und wir müssen unsere Finanzen konsolidieren.

All diese Aufgaben kann nicht ein Stadtvorsitzender stemmen, oder ein Stadtvorstand. Wir können sie nur gemeinsam lösen. Miteinander und nicht gegeneinander. Nur zusammen werden wir erfolgreich sein.



### ELISA GERBSCH & RICHARD CYBIK

Kandidaturen als Mitglieder des Stadtvorstandes, Jugendliste (Jugendpolitische Sprecher\*innen).

Elisa „Elli“ Gerbsch: Hallo, ich bin Elli. Ich bin 25 Jahre und schreibe derzeit meine Masterarbeit in Sozial- und Wirtschaftsgeographie. Neben meinem Engagement in der Linksjugend Leipzig bin ich im Arbeitskreis Kritische Geographie organisiert. Ich bin Mentee bei Pia Barkow im Mentoring-Programm von DIE LINKE. Sachsen und organisiere im Rahmen dessen gerade eine Fahrt nach Südosteuropa, um Spenden an Geflüchtete an Europas Grenzen zu verteilen und eine kritische Berichterstattung zum größten Nazi-Aufmarsch Osteuropas in Budapest zu verwirklichen.

Richard Cybik: Hallo, ich bin Richard. Ich bin 26 Jahre und studiere derzeit Chemie an der Universität Leipzig im Masterstudengang. Neben meinem Studium arbeite ich 10 Stunden die Woche als Nachhilfelehrer und vertrete die Partei im Stadtbezirksbeirat Süd-Ost, desweiteren habe ich unfassbar viel Spaß am Diskutieren.

#### Das Jugendvotum

Am 10.10. trafen sich im Abgeordnetenbüro Interim viele junge politische Menschen zur Vollversammlung der Linksjugend Leipzig. Dieser sogenannte Stadtjugendtag war geprägt von Kennlernrunden, Diskussionen, Workshops und anstehenden Wahlen. Hierbei wurde uns beiden das Jugendvotum ausgesprochen, mit dem wir zur Wahl des Stadtvorstandes auf dem kommenden Stadtparteitag entsendet wurden. Wir zwei wollen somit nach unserer Wahl in den Stadtvorstand als Jugendpolitische Sprecher\*innen künftig die Interessen des Jugendverbandes und damit auch die Interessen junger aktiver Menschen in Leipzig in diesem Gremium vertreten.

#### LINKE Politik für alle

Es ist jedoch nicht nur wichtig der Jugend eine Stimme zu geben. Sie muss auch genutzt werden. Wir wollen mit dem Jugendvotum die Möglichkeit nutzen, den Fokus auf ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen zu setzen. Dazu gehört beispielsweise die Forderungen von Frauen\* wie Männern, jungen Menschen genauso wie „alten Hasen“, Menschen mit und ohne

Behinderungen oder auch Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Politik zu repräsentieren. Dies sollte in der Partei mit Hilfe der bereits bestehenden und bewährten, aber auch mit der Auflösung alter und verkrusteter Strukturen, verbessert werden. Da es hierfür kein Patentrezept gibt, muss das Zusammenspiel immer wieder neu überdacht werden. Hierzu wollen wir unsere Erfahrung und Impulse aus dem Jugendverband in den Stadtverband einbringen und im Gegenzug auch Belange der Linken in Leipzig auf unseren Plena thematisieren und diskutieren.

#### Aktionismus

Neben einer gerechten politischen Interessensvertretung aller Menschen liegt uns die Unterstützung und der Schutz alternativer Lebensweisen besonders am Herzen. Um diese zu realisieren, ist es uns zum einen wichtig, auf verschiedene Lebensentwürfe in Vorträgen, Workshops, Abendveranstaltungen usw. aufmerksam zu machen. Zum anderen kämpfen wir für ihre Daseinsberechtigung in vielfältigen und kreativen Aktions- und Protestformen. So beteiligten wir uns seit nun mehr als einem Jahr am Protest gegen Gida-Proteste und die OFD, aber auch bei den Demonstrationen zum Internationalen Frauenkampftag, auf dem Christopher Street Day oder auch zum 1. und 8. Mai oder bei Gegendemonstrationen zu Abtreibungsgegnern. Wir traten mit eigenen Transparenten, mal mit selbstgebastelten Schildern oder auch mit eigenen Redebeiträgen auf. Und leider wird es wohl auch in der nächsten Zeit eine wichtige Aufgabe sein, sich dem faschistischen, nazistischen, chauvinistischen und reaktionärem Mob entgegen zu stellen. Da der Jugendverband nicht alle thematischen Bereiche und alle Wünsche an Organisations- und Aktionsformen zu jeder Zeit abdecken kann, unterstützen wir zudem auch junge Menschen anderer uns nahestehender Gruppen, Vereine und Initiativen inhaltlich, finanziell oder auch, indem wir einfach mit anpacken.



### MARIA JESSULAT

Kandidatur als Mitglied des Stadtvorstandes

Ich bin 26 Jahre, Großhandelskauffrau, angehende Betriebswirtin und vierfache Mutter von Lea (8), Luisa (6), Lara (4) und Jonah (1).

Nachdem ich schon im Kommunalwahlkampf 2014 für unsere Partei antrat und ein gutes Ergebnis erzielte, möchte ich mich in diesem Jahr zum ersten Mal als Kandidatin für den Stadtvorstand bewerben.

Tagtäglich sehe ich mich mit den gleichen Problemen und Konflikten unmittelbar konfrontiert, vor denen viele andere junge Frauen, Eltern und Familien in unserer Stadt stehen. Um nur einige zu nennen: Kitaplatzversorgung, Schulpolitik, Vereinbarkeit von Beruf und Familie usw. Diese bunte und nicht immer einfach zu meisternde Lebenswirklichkeit sollte in unserer Partei noch mehr Raum einnehmen und das möglichst glaubwürdig durch „Betroffene“. Es liegt mir übrigens fern, mich immer nur über die Missstände zu beschweren; lieber gehe ich die Dinge konkret an und verändere sie zum Guten. Aus diesem Grund möchte ich mich politisch mehr engagieren und im neuen Stadtvorstand etwas in dieser Richtung bewirken. Über eure Stimme würde ich mich freuen.

## Fortsetzung der Kandidaturen

Bilder v.l.: Privat, Gerd Eitzen, Gerd Eitzen



### MARIANNE KÜNG-VILDEBRAND

Kandidatur als Mitglied des Stadtvorstandes

Persönliches: Ich bin 50 Jahre alt, geschieden und alleinerziehende Mutter einer 13-jährigen Tochter. Aufgewachsen in der Schweiz, lebe ich nun seit 2002 in Leipzig und habe mittlerweile sowohl die schweizerische als auch die deutsche Staatsangehörigkeit. Beruflich erwarb ich einen eidgenössischen höheren Fachabschluss als Kauffrau und arbeitete anschließend als Filialeiterin, Geschäftsführerin und viele Jahre als Chefstewardess bei der Schweizer Nationalfluggesellschaft. Zur Zeit arbeite ich als Wahlkreismitarbeiterin.

Politisches Engagement: Ich bin seit 2008 Mitglied der LINKEN. 2012 wurde ich in den Vorstand des Stadtbezirks Leipzig-Mitte gewählt, 2014 in den Vorstand des Stadtverbands Leipzig und letzten Herbst in den Landesvorstand Sachsen. Seit 2009 engagiere ich mich bei der Arbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft (b&g). Ich bin seit 2012 deren Sprecherin in Leipzig, seit 2014 Landessprecherin und im vergangenen Jahr in den BundessprecherInnenrat der BAG gewählt worden.

Warum kandidiere ich erneut für den Stadtvorstand? Ein für mich wichtiges Ziel sind die Anliegen der Beschäftigten in die politische Arbeit einzubringen. Die Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen in den letzten Jahren ist dramatisch, eine Abkehr nicht abzusehen, im Gegenteil, die Armut steigt stetig. Eine linke kräftige Gegenstimme ist zwingend nötig. Der Stadtverband sollte sich weiterhin den Beschäftigten und Menschen in prekären Lebenslagen zuwenden. Die Kampagne „Das muss drin sein“ gibt eine gute Möglichkeit, die linken inhaltlichen Standpunkte auch an eine breitere Öffentlichkeit heranzutragen.

Wer mich wählt, kann sich sicher sein, dass ich im Stadtvorstand für eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, deren Mitglieder und den Beschäftigten stehe und meine Positionen klar vertrete.



### LISA UMLAUFT

Kandidatur als Mitglied des Stadtvorstandes

Name: Lisa Umlauf  
Alter: 29 Jahre  
Mitglied seit: März 2003  
Strukturen: SBV-Süd, BO Löbnig, AG Öffentlichkeitsarbeit, linXXnet e.V.

Ich kandidiere für den Stadtvorstand, weil ich durch die Arbeit in unterschiedlichen Parteistrukturen ausreichend Erfahrung sammeln konnte, um verschiedene Baustellen im Stadtverband bearbeiten zu können.

Als stellvertretende Vorsitzende des Stadtbezirksverbandes Süd bin ich für die Mitgliederbetreuung zuständig und vor allem in den lokalen Parteistrukturen im Süden tätig. Seit 2 Jahren organisiere ich die Mitgliederversammlungen und die Vorstandssitzungen in der Basisgruppe in Löbnig. Beim Plakatieren im letzten Wahlkampf war ich das erste Mal auf Stadtverbandsebene aktiv. Seitdem habe ich mich bei Projekten, die auf Öffentlichkeitswirksamkeit zielen, engagiert. Aktionen wie das Seifenkistenrennen oder das Badenwannenrennen am Völkerschlachtdenkmal zu unterstützen, sind mir ebenso wichtig wie die bereits erfolgte Gründung der AG Öffentlichkeitsarbeit.

Daraus entwickelte sich mein Interesse an einer effizienteren Gestaltung interner Organisationprozesse und an der Optimierung unserer Öffentlichkeitswirksamkeit. Mein Ziel ist es, durch parteiinterne Angebote mehr Selbstbefähigung der Mitglieder zu erreichen, um eine aktive Teilnahme am Parteileben zu ermöglichen und mehr Raum für Diskussionen zu schaffen.

Ich bin davon überzeugt, dass es uns nur so gelingen wird, dauerhaft MitstreiterInnen für unsere Partei zu gewinnen.



### MARCO BÖHME

Kandidatur als Mitglied des Stadtvorstandes

Die letzten Jahre habe ich regelmäßig als Gast an den Sitzungen des Stadtvorstandes teilgenommen und dort über die Arbeit & Projekte der Landtagsfraktion, unserer Landespartei und dem Jugendverband berichtet und verschiedenes angeregt, womit sich unser Stadtverband beschäftigen oder teilnehmen sollte. In den Sitzungen sind mir verschiedene Dinge aufgefallen, die ich gerne verbessern würde.

So hat sich zwar durch das neue Mitteilungsblatt, eine bessere Online-Präsenz & mit der Freitagspost vieles in Sachen Öffentlichkeitsarbeit verbessert, doch es gilt noch viel auszubauen, um als transparente oder als Mitgliederpartei zu gelten. So würde ich mir zum Beispiel wünschen, dass nach den Sitzungen des Stadtvorstandes Berichte, Fragestellungen und politische Ziele im Mitteilungsblatt, der Freitagspost und/oder auf der Webseite zu finden sind. Gemeint ist kein Protokoll, sondern eine Zusammenfassung, was den Vorstand gerade politisch bewegt und wie er Dinge umsetzen möchte – mit den Mitgliedern. Dazu bedarf es logischerweise auch politischer Diskussionen und Positionserörterungen zu aktuellen Geschehnissen in Leipzig, was mir bisher noch zu wenig im Stadtvorstand begegnet ist und mir wichtig ist stärker anzugehen.

Der neue StaVo wird weichenstellend für die künftige Entwicklung unserer Partei. Wir müssen es schaffen neue Mitglieder zu gewinnen, die sich dauerhaft bei uns engagieren, um in unserer alternden Partei politisch überlebensfähig zu bleiben. Mit den Ergebnissen der „AG Zukunft“, mit der auch ich in den verschiedenen Parteistrukturen Abfragen für die Erarbeitung einer Zukunftsstrategie umgesetzt habe, muss sich der Stadtvorstand beschäftigen und zusammen mit den Mitgliedern umsetzen. Dabei möchte ich mitwirken, als Vorstandsmitglied auch mitentscheiden und meine Erfahrungen mit einem neuen offenen Projekte- und Abgeordnetenbüro im Leipziger Westen einbringen.

Bilder v.l.: Gerd Eitzen, Gerd Eitzen, Privat



**MARCO  
GÖTZE**

Kandidatur als  
Mitglied des  
Stadtvorstandes

In den nächsten zwei Jahren muss unser Stadtverband, dem ich seit fast 25 Jahren angehöre, mit Innovationskraft, Kontinuität, Vernunft und Augenmaß fit für die kommenden Jahrzehnte gemacht werden. Unsere Zeit erfordert einen neuen Politikstil. Es gibt jedoch Werte und Grundüberzeugungen linker Politik, die bleiben müssen. Ungerechte gesellschaftliche Verteilungsstrukturen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sind im Kern noch immer dieselben, wenn sich auch die äußere Gestalt ändern mag. Die in sich vielfältige soziale Frage bleibt die unmittelbarste, existenziellste. Interessen der gehalts- und bezügeabhängigen Gruppen sollten neben den Grundrechten im Mittelpunkt unserer Überzeugungen stehen. Die Farbe unserer Partei ist rot, und das ist gut so. Die Partei, der Stadtverband, muss nicht zuletzt mehr Berührungspunkte mit lohnarbeitenden Menschen gewinnen. Er darf sich nicht einseitig strukturell auf Parlamente und Wahlen orientieren. Er darf sich inhaltlich nicht auf einige wichtige Themenfelder verengen.

In meinem Beruf als Lehrer habe ich mit nachwachsenden Generationen und mit Kolleg\_innen unterschiedlicher Anschauungen Berührung. An Konzepten für eine breitere Aufstellung und Verankerung in der Gesellschaft möchte ich mich mit dieser Erfahrung beteiligen.

Strukturen unserer Partei sollen effektiv und arbeitsfähig sein. Symbolische Posten allein werden unserem Bedürfnis nach gelebter kulturvoller Pluralität, geförderter Gleichstellung und sinnvoller Arbeitsaufteilung dabei nicht genügen. Strukturdebatten sollen und müssen bezüglich der anstehenden Aufgaben umfassend geführt werden. Ich kann mich gerade auf den Feldern der Kultur- oder Bildungspolitik inhaltlich einbringen, in denen ich im Stadtrat tätig war und bin.



**KAY  
KAMIETH**

Kandidatur als  
Mitglied des  
Stadtvorstandes

Ich bin seit Gründung der LINKEN Mitglied unserer Partei, weil ich denke viele Dinge in unserer Gesellschaft sollten anders sein. Ich will eine andere Gesellschaft und streite dafür mit unserer Partei und unseren GenossInnen. Ich möchte daran mitwirken, unser Leben im Hier und Jetzt für alle besser und solidarischer zu gestalten, dabei aber auch die Perspektive über das Bestehende kapitalistische System hinaus nicht aus den Augen zu verlieren.

Als Mitglied des Stadtvorstandes und dann wahrscheinlich auch wieder für die Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlicher werde ich dafür sorgen, dass die damit verbundenen Aufgaben (Mitteilungsblatt, Freitagspost, Homepage, Soziale Medien) weiterhin abgesichert sind. Außerdem möchte ich als Stadtvorstandesmitglied die Pressearbeit aus dem 15 köpfigen Stadtvorstand heraus intensivieren. Darüber hinaus möchte ich dafür sorgen, dass DIE LINKE. Leipzig noch mehr öffentlich wahrgenommen wird, dies kann sowohl bei verschiedenen Aktionen im Rahmen der Kampagne „Das muss drin sein“ oder bei Demonstrationen passieren, aber auch mal ganz niedrigschwellig wie beim Seifenkistenrennen bzw. dem einen oder Stadteifest der Fall sein.

Ebenfalls müssen wir in unserer perspektivisch kleiner, ärmer und älter werdenden Partei die Öffentlichkeitsarbeit nach innen intensivieren. So sollten wir hinsichtlich der Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit unserer Partei zu größeren Aktionen oder Demonstrationen überlegen, ob unsere Kommunikationswege noch effizient genug sind. Ein weiterer Ausbau der vorhandenen Kommunikationswege ist dafür unerlässlich. Sich darüber Gedanken zu machen ist u. a. eine Aufgabe der AG Öffentlichkeitsarbeit, in welcher sich auf, u. a. auch meine Initiative hin, GenossInnen versammeln und sowohl Kritik als auch Verbesserungsvorschläge liefern.

Diese Vorhaben und sicher noch das eine oder andere mehr möchte ich gern im nächsten Stadtvorstand realisieren.



**DIETMAR  
PELLMANN**

Kandidatur als  
Mitglied des  
Stadtvorstandes

Wer den Weg unserer Partei seit 1989/90 nicht nur aufmerksam verfolgt, sondern in einer Reihe von Funktionen (Vorsitzender eines Ortsverbandes, sieben Jahre Vorsitzender des PDS-Stadtverbandes, 18 Jahre Stadtrat, 15 Jahre Landtagsabgeordneter), insbesondere in Leipzig und Sachsen, aktiv mit gestaltet hat, verfügt naturgemäß über ein ganzes Arsenal politischer Erfahrungen. Im gesetzten Alter von inzwischen 65 Jahren sollte man weitere „Karrieresprünge“ weder erwarten noch anstreben. Das bedeutet freilich nicht, sich völlig auf das politische Altenteil zurückzuziehen. Das meinen wohl viele Genossinnen und Genossen, die mich aufgefordert haben, für den neu zu wählenden Stadtvorstand zu kandidieren.

Meine Kandidatur verstehe ich daher in erster Linie als ein zeitlich befristetes Angebot zur Mitwirkung in einer Zeit gewaltiger Herausforderungen an unseren Stadtverband. Dass ich dabei für die Kontinuität und Berechenbarkeit unseres politischen Handelns eintrete, dürfte nicht überraschen. Gerade als Historiker weiß ich natürlich, dass wir auch in den letzten Jahrzehnten dann erfolgreich waren, wenn wir unseren Kurs nicht ständig geändert haben, nur weil in den Medien bestimmte Themen Konjunktur hatten.

Neuem bin ich dann aufgeschlossen, wenn es sich an den Grundwerten linker Politik orientiert. Ich sehe unsere Partei in Leipzig als die Partei des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit, des konsequenten Antifaschismus und des solidarischen Miteinanders aller Generationen.

Fortsetzung Kandidaturen Stadtvorstand



**ANDREAS PRASSE**

Kandidatur als Mitglied des Stadtvorstandes

Andreas Praße, 57 Jahre, Diplom-Sprachmittler für Englisch und Französisch, wohnhaft in Leipzig-Möckern.

Mitglied im Stadtbezirksbeirat Leipzig-Nordwest, Mitglied der Partei DIE LINKE seit 2009 und seit 2010 im Vorstand des SBV Nordwest, Vorstandsmitglied im Bürgerverein Gohlis e. V., Mitglied der Tierschutzorganisation „Aktion Tier – Menschen für Tiere e. V.“ und der Initiative „Weltoffenes Gohlis“.

Meine Interessenschwerpunkte sind Kommunalpolitik, Tier- und Artenschutz, Flüchtlingspolitik sowie Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Homophobie.

## Wir und die Flüchtlingsbewegung

**A. Willnow** In den letzten Monaten hat die Flüchtlingsbewegung die Debatte bestimmt.

Erfreulich finde ich den Einsatz der Flüchtlingshelfer, die in dieser Situation viel getan haben. Ich finde es richtig, dass wir für ein faires Asylverfahren, für eine menschenwürdige Aufnahmepraxis eintreten, aus menschenrechtlicher Motivation wie aus Gründen der Hilfsbereitschaft.

Als Partei, die nicht nur Protest bietet, sondern Lösungskompetenz anbieten muss, reicht dies aber nicht. Sondern wir müssen den Migranten eine Perspektive bieten (können). Dazu sind Bündnisse für Arbeit, die Zusammenarbeit mit der IHK, die Aufhebung von Arbeitsbeschränkungen nötig.

Naiv handelt, wer die Folgen nicht bedenkt. Dazu gehört es anzuerkennen, dass es zu vielen Probleme auf dem Wohnungsmarkt, auf dem Arbeitsmarkt, im Zusammenleben zwischen verschiedenen Wertvorstellungen kommen wird, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird. Diese Probleme sind schwierig, aber lösbar. Schwierigkeiten bereitet insbesondere, dass aus Sicht der einheimischen sozial Schwachen (oft unsere Wähler!) viele Flüchtlinge erst einmal als Konkurrenz und Verdrängung im Kampf um Wohnraum und Arbeitsplätze wahrgenommen werden. Viele haben die Sorge, dass der Leerstandsrückgang zu Mietsteigerungen, das industrielle Reserveheer zur Aushebelung des Mindestlohnes genutzt wird und soziale Leistungen und Arbeitsplätze nicht mehr ausreichend bereitstehen. Weiterhin befürchten „untere“ und „mittlere“ Arbeitnehmer, dass nicht die Besserverdienenden, sondern sie die Flüchtlingskrise bezahlen dürfen. Hier ist Vorsorge zu betreiben, indem wir die richtigen Lösungsvorschläge erarbeiten.

Aus meiner Sicht reicht es nicht aus, wenn wir die Kanzlerin nachbeten („wir schaffen das!“), sondern dass wir uns als Partei profilieren, die dafür eintritt, dass trotz der zu erwartenden Spannungen, Schwierigkeiten und Verschlechterungen die einheimischen sozial Schwachen nicht unter die Räder kommen. Wir müssen Sorge dafür tragen, dass zu uns kommende Geflüchtete und einheimische sozial Schwache nicht gegeneinander ausgespielt werden. Konkret ist notwendig, dass die Besserverdienenden und die Wirtschaft ihren Beitrag für die Flüchtlingskrise leisten. Und dass die deutsche Exportwirtschaft die Flüchtlinge nicht missbraucht, um Löhne und soziale Standards zu drücken.

Schwierigkeiten bereitet, dass die zu uns Kommenden oft aus einem anderen Kulturkreis kommen und vielfach andere religiöse und Wertvorstellungen mitbringen. Um Missverständnisse zu vermeiden, sollte klargestellt sein, dass die Grundsätze der Aufklärung, der politischen und sozialen Rechte für Einheimische und Geflüchtete gelten müs-

sen. Das heißt, die Werte der Verfassung, der Gleichstellung und der Aufklärung gelten für alle. Andererseits kann es auch nicht sein, dass Menschen mit migrantischem Namen bei der Arbeitsplatzsuche benachteiligt werden. Viele kämpfen um Akzeptanz.

Geflüchtete dürfen nicht härter bestraft werden, auch keine Bonuspunkte bekommen. Die Durchsetzung der Rechtsordnung muss gewährleistet werden. Es darf nicht dazu kommen, dass Sexualdelikte, Begrabschen – bei „Refugees“ aus falsch verstandenem Mitleid nicht geahndet werden.

Verärgerung bereitet nicht mal die Zahl der Flüchtlinge, sondern die Tendenz, nicht mehr wahrheitsgemäß zu berichten, sondern aus Rücksichtnahme ein Bild zu zeichnen, dass der Realität nicht gerecht wird. Es kommen eben nicht nur hoch qualifizierte Fachkräfte, sondern so’ne und solche. Es sickert ein patriarchales Familienbild ein, sehr altmodische Vorstellungen über Religion und die Rolle der Frau. Entsprechend ist es wichtig, darauf zu achten, dass

- sozial Schwache und Arbeitnehmer auf der einen und Refugees auf der anderen Seite nicht gegeneinander ausgespielt werden,
- der Rechtsstaat für alle gilt,
- eine objektive Berichterstattung gewährleistet bleibt, die nicht aus falscher Vorsorge Probleme verschweigt,
- Standards bei der Gleichstellung gewahrt bleiben.

Unverständlich ist mir, dass DIE LINKE dazu neigt, in der Krise die Regierung und die Kanzlerin zu tolerieren, die versagt haben. Der humanitäre Akt gegenüber den Flüchtlingen in Ungarn war richtig. Falsch war von der Kanzlerin, erst Erwartungen zu wecken und dann die Länder und Gemeinden allein zu lassen. Wer Einwanderung und Integration will, muss viel Geld in die Hand nehmen und die Länder und Kommunen unterstützen, er muss Möglichkeiten zur Arbeitsaufnahme schaffen. Er muss für kulturelle Kontakte sorgen. Und eine Kanzlerin muss ihre Politik der Bevölkerung erklären. Stattdessen versagt der Staat und ist nicht mal in der Lage, die Leute zu registrieren und zu erfassen.

Anstatt dass DIE LINKE ein entsprechendes Konzept der Bundesregierung einfordert, agiert sie aus meiner Sicht zu defensiv. Alle Parteien quatschen bloß noch „Wir schaffen das“, statt die Bundeskanzlerin zu stellen und einen Plan einzufordern, wie wir das schaffen. DIE LINKE muss einfordern, dass endlich weltweit die imperialistischen Kriege beendet werden, die die Fluchtursache Nr. 1 darstellen. Stattdessen Plan- und Konzeptionslosigkeit aller Orten, bei CDU, Grünen ...

Bilder: I.U. v.l.o.: Torsten Schliep, Timan Loos, Kay Kamietz



### 3 Bilder aus Dezember und Januar

*Bild links oben:* Am 19. Dezember stellte Wolfgang Gehrcke, Bundestagsabgeordneter von DIE LINKE, sein Buch „Rufmord“ auf Einladung des Friedenszentrums Leipzig vor. In der Debatte wurde außerdem angeregt über die „Mahnwachen“ und den Friedenswinter und deren Ergebnisse diskutiert.

*Bild rechts oben:* Am 20. Dezember hatten das linXXnet, PRISMA Leipzig und die spanischen Genoss\*innen von PODEMOS Leipzig zur Wahlparty geladen. Gemeinsam wurden bei Bier und Wein sowie gutem spanischen Käse und Schinken die Wahlen im INTERIM verfolgt.

*Bild rechts unten:* Am 22. Januar fand, organisiert vom Stadtbezirksverband Mitte, ein thematischer Infostand zur Aktion „Mitschlichkeit schlägt Terror“ der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag statt.



## Ein Jahr Mindestlohn - ohne Arbeitsplatzabbau

**Marianne Küng-Vildebrand** Der Arbeitsplatzabbau, der vorher von der „ArbeitgeberInnen“-Seite immer behauptet wurde, ist ausgeblieben

Seit Anfang Januar 2015 ist der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland eingeführt, Zeit für einen Rückblick und dessen Umsetzung und Auswirkungen zu analysieren.

Im Vorfeld der Einführung bauten die Arbeitgeber erhebliche Angstszenerarien auf. Sie prognostizierten einen massiven Abbau von Arbeitsplätzen, von Verlagerungen der Produktion ins Ausland, Arbeitsplätze für Geringqualifizierte würden zu Hundertausenden wegfallen etc..

Doch der Mindestlohn hat sich nicht als eine Konjunkturbremse erwiesen. Im Zeitraum von Oktober 2014 bis Oktober 2015 ist die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Jobs auf 713.000 angewachsen. Im gleichen Zeitraum nahmen die Minijobs um 133.000 ab, die Hälfte wurde in sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze umgewandelt.

Doch 8,50 € pro Stunde reicht bei Weitem nicht aus, um sich eine Rente oberhalb der Armutsgrenze zu erarbeiten. Laut Berech-

nungen des Bundesarbeitsministeriums würde jemand, der 45 Jahre arbeitet und einen Stundenlohn von 11,50 € erhält, gerademal eine Rente auf dem Grundsicherungsniveau von 769 € erreichen.

Laut Gesetz ist ab 1. Januar 2017 die erste Anhebung des Mindestlohns vorgesehen. Doch die Arbeitgeber werden nicht müde, dagegen zu halten und eine Erhöhung abzulehnen. Das Hauptargument diesmal richtet sich gegen die Flüchtlinge. Die Arbeitgebern behaupten, dass, wenn der Mindestlohn steigt, eine Integration der Hundertausenden Flüchtlinge nicht möglich wäre.

Diese Argumentation ist unverantwortlich und spielt den politisch rechten Kräften in die Hände. Die Arbeitgeber schürten erst Angst gegen den Mindestlohn und jetzt gegen den Arbeitsplatzverlust durch Flüchtlinge.

Hier geht es nicht um Flüchtlinge, sondern um einen gerechten Lohn für alle!

### kurz & knackig

Redaktion Kurze Notizen aus der Partei

- **1. Tagung 5. Stadtparteitag und helfende Hände:** Die erste Tagung des 5. Stadtparteitages ist für den Samstag, den 5. März 2016, einberufen. Dazu werden noch helfende Hände für die Wahlkommission und Mandatsprüfungskommission gesucht. Wer mit anpacken möchte, melde sich bitte bei der Geschäftsstelle.
- **Texte im MiB:** Wir haben diesmal sehr viele Texte als Redaktion erhalten, aber leider nur begrenzt Platz. Einige Texte werden wohl daher erst später oder beispielsweise in der Landeszeitung erscheinen können.
- **Gründung einer LAG Migration:** Im sächsischen Landesverband soll eine neue Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) entstehen. Auftakttreffen für die LAG Migration und Asyl ist am 19. Februar 2016 in Dresden. Wer mitmachen will, kann sich in der Landesgeschäftsstelle oder aber bei Juliane Nagel melden.

### Buchmesse-Lesungen im Liebkecht-Haus

- Do. 17. März, 20:00 Uhr: **Eva Sternheim-Peters: Habe ich denn allein gejubelt?**  
Veranstalter: Europa Verlag München
- Fr. 18. März, 18:00 Uhr: **Kurt Oesterle: Martha und ihre Söhne.**  
Veranstalter: Verlag Klopfer & Meyer
- Fr. 18. März, 20:00 Uhr: **Sarah Helm: Ohne Haar und ohne Namen.** Veranstalter: WBG Wissenschaftliche Buchgesellschaft
- Sa. 19. März, 18:00 Uhr: **Andreas H. Apelt: Hitlers letzte Armee.**  
Veranstalter: Mitteldeutscher Verlag
- So. 20. März, 11:00 Uhr: **Jorgo Chatzimarkakis: Tagebuch eines griechischen Euro.** Veranstalter: Größenwahn Verlag

Alle diese Veranstaltungen finden im Liebkecht-Haus, Braustr. 15 statt.

### Die Buchmesse im linXXnet & INTERIM

linXXnet Veranstaltungen zur Buchmesse

- Do. 17. März 18:00 linXXnet (Bornaische Str. 3d): **Aufstieg und Zerfall des Deutschen Europa**
- Do. 17. März 18:00 INTERIM (Demmeringstr. 32): **Der Rote. Macht und Ohnmacht des Regierens.**
- Do. 17. März 20:00 linXXnet: **Wie ich den Krieg erlebte. Eine Geschichte in Briefen.**
- Do. 17. März 20:00 INTERIM: **Murmeln, Mumbeln, Flüstertüte. Lexikon der Bewegungssprache**
- Fr. 18. März 18:00 linXXnet: **Selbstbestimmte Norm. Feminismus, Pränataldiagnostik, Abtreibung**
- Fr. 18. März 18:00 INTERIM: **Robert Misik: Kaputtalismus**
- Fr. 18. März 20:00 linXXnet: **Generation Hoyerswerda - Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg**
- Fr. 18. März 20:00 INTERIM: **neues deutschland – Die Best Of Leserbrief Show**
- Sa. 19. März 18:00 linXXnet: **„vertrauen, kraft & widerstand. kurze texte und reden von audre lorde“**
- Sa. 19. März 20:00 linXXnet: **Erinnerungskulturen und Geschichte der spanischen Arbeiterbewegung (1936-1982)**
- Sa. 19. März 20:00 INTERIM: **Besuchen Sie mich, bin im Himmel. Elf unmögliche Interviews.**

## aktuelle Termine

### Kalter Krieg in Europa? Herausforderungen an eine linke Friedenspolitik in Europa.

13. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden.

Fr. 19. Februar bis Sa. 20. Februar  
Neue Propsteikirche, Nonnenmühlgasse 2,  
Tagungsbeitrag: 30 € (erm. 15 € / 10 €)

### Zukunft des Öffentlichen Nahverkehrs in Leipzig

Öffentliche Veranstaltung der Fraktion DIE LINKE mit dem Stadtbezirksverband DIE LINKE. Leipzig Nord. Gäste: Geschäftsführer der LVB und des ZVNL.

Mo. 22. Februar, 18:00 Uhr,  
Goldene Höhe, Virchowstraße 90a

### Tag der (neuen) Mitglieder

Neumitglieder sind eingeladen, unsere inhaltlichen Zusammenschlüsse und die Landesebene etwas kennenzulernen.  
Mehr Infos: [www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)

Sa. 27. Februar, 10:00 Uhr  
Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, Dresden

### Ehrung am Denkmal Clara Zetkin

Die AG Senioren lädt zum Frauentag zur Ehrung am Denkmal Clara Zetkin ein.

Mo. 08. März, 11:00 Uhr  
am Denkmal im Clara-Zetkin-Park

### 25 Jahre Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Feier, Kultur und Buffet.

Sa. 12. März, 17:00 Uhr  
Haus des Buches, Gerichtsweg 28

„Guantanamo im Visier der USA“  
Eindrücke von Besuchen in Guantanamo  
(Oktober 2015). Diskussionspartner:  
Steffen Soult, Cuba si Leipzig.

Mi. 16. März, 18:00 Uhr, Dauer ca. 2 Stunden  
Stadtteilzentrum Messemagisträle,  
Str. des 18. Oktober 10a

### Gesellschaftspolitischer Abend im Rathaus: Flucht und Migration.

Lesung und Gespräch mit Katja Kipping u. a.  
Veranstalter: Leipziger Buchmesse u. a.

Fr. 18. März, 18:30 Uhr, Neues Rathaus

Impressum

#### Herausgeberin:

DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig  
Braustraße 15, 04107 Leipzig  
Fon: 0341 - 14 06 44 11  
Fax: 0341 - 14 06 44 18  
Web: [www.dielinke-leipzig.de](http://www.dielinke-leipzig.de)  
Mail: [vorstand@die-linke-in-leipzig.de](mailto:vorstand@die-linke-in-leipzig.de)  
Spenden: Sparkasse Leipzig  
Konto: 11 25 50 42 22 / BLZ: 860 555 92  
Druck: Saxoprint

## regelmäßige Termine

### Stadtvorstandssitzung

2. Dienstag, 18:30 Uhr, Dachboden,  
Liebkecht-Haus, Braustraße 15

### Beratung der Ortsvorsitzenden und SprecherInnen der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Antifa (Web: [agantifa.blogspot.de](http://agantifa.blogspot.de))

1. & 3. Mittwoch, 19:00 Uhr,  
linXXnet, Bornaische Str. 3d

### AG Betrieb & Gewerkschaft

1. Mittwoch, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Cuba si

2. Dienstag, 17:00 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Frieden und Gedenken

2. Donnerstag, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Junge GenossInnen

1. Samstag, 18:00 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 14:00 Uhr, Monopol,  
Haferkornstr. 15

### AG LISA - emanzipatorische Frauengruppe

Dienstag, alle 14 Tage fortlaufend, Ort  
auf Anfrage: 0177 - 79 71 080

### AG Öffentlichkeitsarbeit

1. Mittwoch, 20:00 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:30 Uhr, Liebkecht-Haus

### AG Zukunft beim Stadtvorstand

3. Dienstag, 19:00 Uhr, Liebkecht-Haus

### Linksjugend Leipzig

jd. Donnerstag, 19:00 Uhr, linXXnet (Plenum)  
1. Donnerstag, 21:00 Uhr, linXXnet (Jour-Fixe)

### Ökologische Plattform ADELE

1. Mittwoch, 19:00 Uhr, Liebkecht-Haus

### Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr, Kochstr. 132

### DIE LINKE.SDS

Mittwoch, 19:00 Uhr, GWZ,  
Raum 2.116, Beethovenstraße 15

**Redaktion:** Steffi Deutschmann, Nadja Guld, Kay Kamieth (Vi.S.d.P.), Tilman Loos, Dr. Christina Mertha, Sören Pellmann, Stephan Sander  
**Gestaltung:** Tilman Loos  
Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die nächste Nr. ist **Mo. 29.02., 12:00 Uhr**. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerhaltende Kürzungen vor.